



## ★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

## STROM

**143,02 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

## GAS

**62,49 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

## ZAHL DES TAGES

**80**

**Prozent** der Deutschen halten Umwelttechnologien für zentrale Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung im Land.

## KLIMASCHUTZ

Belgisch-deutsche Zusammenarbeit für CCS diskutiert

## WÄRME

Hackschnitzelpreise im ersten Quartal leicht gesunken

## PERSONALIE

Netze BW bald unter neuer Führung

## Inhalt

**TOP-THEMA**

→ **REGENERATIVE:** Der private Run auf Ökoenergien im Zeichen der Kriege

**POLITIK & RECHT**

- **KLIMASCHUTZ:** Belgisch-deutsche Zusammenarbeit für CCS diskutiert
- **POLITIK:** Experten vor Umweltausschuss uneins über CCS-Nutzung
- **RECHT:** Gerichtshof bestätigt Genehmigung der Eon-Innogy-Transaktion
- **RECHT:** Gleitschirmfliegern geht die Luft aus im Streit mit der Windkraft
- **GASKRAFTWERKE:** Studie sieht Fehlanreize bei Gaskraftwerksstandorten
- **F&E:** Mehrheit fordert mehr Tempo bei Green Tech
- **INSIDE EU ENERGIE:** Europäisches Energiedilemma

**HANDEL & MARKT**

- **WÄRME:** Hackschnitzelpreise im ersten Quartal leicht gesunken
- **BETEILIGUNG:** EWE verkauft Wärme-Contractor WCG

**TECHNIK**

- **WASSERSTOFF:** Thyssenkrupp Nucera liefert 300-MW-Elektrolyseure nach Südsanien
- **IT:** Eaton mit KI-Plattform zum Gebäudemanagement
- **WINDKRAFT ONSHORE:** 15-Tonnen-Rotorblatt reißt von Windrad ab

## **UNTERNEHMEN**

- **PERSONALIE:** Netze BW bald unter neuer Führung
  - **FERNWÄRME:** Abwärme von Rechenzentrum für Potsdam und Wustermark
  - **STADTWERKE:** Strom in Düsseldorf wird billiger
  - **STATISTIK DES TAGES:** Verbraucherpreisindex für Strom bis Januar 2026
- 

## **MARKTBERICHTE**

- **MARKTKOMMENTAR:** Irankrieg treibt die Preise weiter an
- 

## **SERVICE**

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

## ★ TOP-THEMA

# Der private Run auf Ökoenergien im Zeichen der Kriege



Quelle: Shutterstock / Jevanto Productions

**REGENERATIVE. Die Attacken der USA und Israels auf Iran und dessen Gegenschläge halten die Welt in Atem. Der Schockstarre setzen viele Privatleute etwas entgegen: Sie planen mehr Ökoenergie-Projekte.**

Den Kriegen der Welt im Privaten etwas entgegenzusetzen, das ist eine kaum leistbare Aufgabe. Es gibt allerdings Ansätze, sich der allgemeinen Lähmung und den Sorgen zu widersetzen.

Versorgungsunternehmen und Branchenverbände berichten von gestiegenem Interesse bei der privaten Kundschaft, in Energiefragen unabhängiger von risikobehafteten und teuren Energieträgern zu werden.

So erkennen die Stadtwerke Münster eine hohe Nachfrage nach Solaranlagen und Wärmelösungen als Alternative zum Erdgas, so eine Sprecherin des westfälischen Versorgers auf Anfrage dieser Redaktion. Das Unternehmen führe dies auf eine „gewisse Nervosität“ gegenüber den steigenden Gaspreisen zurück. Münster ist Gaslieferant und kommt auch in den Fernwärmelieferungen nach wie vor nicht ohne den fossilen Energieträger aus.

Der Energiekonzern Eon hat derweil die Anfragen der interessierten Bevölkerung beziffert. Solarberatungen hätten sich im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriegsbeginn in Iran in etwa verdoppelt, sagt Filip Thon, CEO von Eon Energie Deutschland. In einer Mitteilung lässt er sich so zitieren: „Wir werden regelrecht überrannt.“

## *Solarhandwerk-Verband staunt und wendet sich mahnend an Berlin*

Das deckt sich mit Auswertungen des Bundesverbands des Solarhandwerks (BDSH). Die Nachfrage nach Solaranlagen liege im Laufe des März bislang doppelt so hoch wie vor der Entwicklung im Nahen Osten, heißt es in einer Mitteilung.

Wer nun im Privaten auf Sonnenkraftwerke oder Wärmepumpen setzt, wolle sich „preislich und physisch“ stärker gegen die Entwicklungen auf den Energiemärkten absichern. Thon beruhigt zwar, dass Eon die Preise für Bestandskunden „aktuell stabil“ halte. Die Ausschläge an den globalen Märkten seien allerdings bereits „spürbar“.

Wie bei den Essenern landen auch in Münster immer mehr Beratungsanfragen zum Thema Wärmepumpe als Ersatz für Gas- und Ölheizungen. Auf einer gerade zu Ende gegangenen Messe mit dem

Schwerpunktthema „Bauen & Wohnen“ seien alle Beratungstermine lange im Vorfeld ausgebucht gewesen. Dieser Trend, so die Sprecherin der Stadtwerke Münster, halte auch in diesen Tagen an. Reguläre Beratungstermine seien stärker nachgefragt, das Interesse der Menschen gelte einer größeren Unabhängigkeit vom Gasmarkt durch eigene Strom- und Wärmeerzeugung mit Solaranlagen und Wärmepumpen.

Eon-Vertriebschef Filip Thon unterstreicht, dass Elektrifizierung der Schlüssel für eine sinkende Importabhängigkeit sei. Die Versorger haben also alle Hände voll zu tun, für das wachsende Interesse entsprechende Angebote vorzuhalten. Münster etwa bietet Wärmepumpen in einem Mietkauf-Modell mit Komplett-Service, einen Wärmepumpen-Stromtarif oder auch Solaranlagen zum Kauf oder Mietkauf an. Für Geschäftskunden existiert ein Solar-Pachtmodell mit umfangreichem Serviceangebot.

Der Ausweg aus dem fossilen Risiko dürfe aber nicht zu einer Sackgasse werden, mahnt der Verband des Solarhandwerks. Er fürchtet einen politischen Rückschritt bei der deutschen Energiewende und hat daher ein Schreiben an Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) gerichtet.

Die Eingriffe in die Erneuerbaren-Regulatorik – mit geplanten Änderungen bei Einspeisevergütung, Gebäudeenergiegesetz, Netzintegration und Direktvermarktung (wir berichteten mehrfach) – sorgten für Unsicherheit in der Branche. Die Folgen: aufgeschobene Investitionen, stornierte Projekte, Entlassungen und zunehmend auch Insolvenzen. Daher hofft der Verband, noch Einfluss auf die Entscheidungsträger in Berlin nehmen zu können. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



The advertisement features a background image of industrial gas storage tanks under a blue sky with clouds. Overlaid on this are several orange and white banners with text. The main title 'SOPTIM WEBINAR: CHANCEN IM GAS' is in white on an orange banner. Below it, 'BILANZKREISMANAGEMENT, AUSGLEICHSENERGIE WAR GESTERN.' is in white on a larger orange banner. The date and time '25. MÄRZ 2026, 11 – 12 UHR' are in black on a white banner. At the bottom right, a button says 'ZUM WEBINAR ANMELDEN' with a right arrow icon. The Soptim logo is in the bottom left corner.



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Thanadon88

### Belgisch-deutsche Zusammenarbeit für CCS diskutiert

**KLIMASCHUTZ. Mehr Unterstützung durch politische Risikoübernahme fordert die Carbonmanagement Allianz (CMA), um für unvermeidliche Emissionen von CO<sub>2</sub> bereits geplante Lösungen umzusetzen.**

Die Carbonmanagement Allianz (CMA) lud am 19. März in Berlin in die Belgische Botschaft zu einer Konferenz zur Umsetzung der Einspeicherung und Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCS/CCU). Der belgische Botschafter in Deutschland Piet Heirbaut erklärte: „CCUS ist für Belgien ein zentrales Anliegen, das von den Regionen umgesetzt wird.“ Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO<sub>2</sub> werde bereits geplant. Aus dem benachbarten Nordrhein-Westfalen könnten laut Prognosen gemeinsam jährlich 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> anfallen, so Heirbaut.

#### *Technische Lösungen benötigen Unterstützung*

Die CMA-Vorstandsvorsitzende Alexandra Decker rief zur internationalen Zusammenarbeit auf: „Carbon Management ist keine nationale Aufgabe, so wenig wie sich das Treibhausgas CO<sub>2</sub> an Grenzen hält.“ In der Industrie sei die Abscheidung von CO<sub>2</sub> technisch gelöst, nun müssten Transport und Einlagerung des Gases sowie die Einrichtung eines Marktes dafür folgen. Diese große Aufgabe könne weder ein Unternehmen noch eine Branche allein lösen. „Carbon Management funktioniert nur in einer engen Verzahnung der gesamten Wertschöpfungskette“, umriss Decker den Zweck ihrer Allianz.

Wenn die CO<sub>2</sub>-intensive Industrie nicht nur noch an der Küste möglich sein sollte, müsste auch ein Netz für den Transport aufgebaut werden, appellierte sie. In der Regulatorik der Politik fehlten noch Rahmen für Differenzverträge und die Anrechnung von Emissionsminderungen, beispielsweise durch biogene Bindung von CO<sub>2</sub>. Eine multimodale CO<sub>2</sub>-Infrastruktur werde über den Erfolg der europäischen Industrie und des Klimaschutzes entscheiden, schloss Decker.

#### *Unvermeidbare Emissionen abscheiden*

Zwei Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Kalkindustrie seien technologisch unvermeidlich, erläuterte Andres Bode, Vizepräsident der Lhoist Group. Darum müssten für Klimaneutralität Wege gefunden werden, anfallende Treibhausgase zu bewältigen. Dafür sei die Einspeicherung von CO<sub>2</sub> Teil der Konzernstrategie.

Da die Politik die Klimaschutzvorgaben mache, müsse sie auch absichern, dass es einen Business Case gebe. Dann werde der Markthochlauf auch gelingen.

Niko Bosnjak, Leiter Energiepolitik beim Gasfernleitungsnetzbetreiber OGE, schilderte den bisherigen Werdegang des Carbonmanagements. So sei das eigene Gasnetz streckenweise bereits fähig, CO<sub>2</sub> zu transportieren und die Abschnitte, die zu ertüchtigen wären, seien ebenfalls bekannt. Bevor aber eine Umsetzung beginnen könne, müssten erheblich Gasmengen verlässlich bereitstehen. Dafür fehlten noch die Entscheidungen sowohl der Industriepartner als auch der Politik.

Da wahrscheinlich keine Zustimmung für CO<sub>2</sub>-Einlagerung unter dem deutschen Festland möglich sei, plane man den Transport Richtung Nordsee. Allerdings sei das Gasnetz derzeit noch mehr als ausgelastet für den Transport von Erdgas, gerade seit immer mehr über die LNG-Terminals an den Küsten angeliefert wird. Für weitere Pipelines sieht er Probleme, weil die Bevölkerung gegenüber immer neuen Infrastrukturbauten neben Stromnetz, Schienen, Straßen nicht mehr sehr offen sei.

### *Internationale Zusammenarbeit*

Für den belgischen Gasnetzbetreiber Fluxys unterstrich der SVO Corporate Commercial Arno Bux die gute Zusammenarbeit mit der deutschen Seite. Die Planungen einer Netzvision seien weit fortgeschritten und könnten Süd- und Ostdeutschland anbinden. Zwischen Ruhrgebiet, OGE und Fluxys gebe es den Plan der Leitung „Ruhbens“, in Anlehnung an den deutsch-flämischen Maler.

Tom Hautekiet, Chief Transformation beim Hafen von Antwerpen-Brügge, unterstrich die Bedeutung seines Hafens für die Verbindung der Industrie an Land und dem Meer als Lagerstätte für CO<sub>2</sub>. Man errichte derzeit die Infrastruktur, um 2,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich im Untergrund einzulagern und 4,5 Millionen Tonnen über Rotterdam in andere Lagerstätten zu transportieren.



v.l.: Nina Scholz (Equinor), Tom Hautekiet (Hafen Antwerpen-Brügge), Arno Bux (Fluxys), Niko Bosnjak (OGE) und Andres Bode (Lhoist), Georg Ehrmann (CMA)

Quelle: Susanne Harmsen

Für das norwegische Gasunternehmen Equinor erläuterte Country Manager Deutschland Nina Scholz, ihr Unternehmen stehe bereit, CO<sub>2</sub> auch von anderen Ländern einzuspeichern. Aus der jahrzehntelangen Erfahrung mit Öl- und Gasförderung und den geologischen Gegebenheiten habe man technische Erfahrung mit Einlagerung in unterseeischen Formationen. In der Planung sei eine unterseeische Pipeline, um aus den Niederlanden CO<sub>2</sub> zu den Lagerstätten zu transportieren.

Da die wirtschaftlichen Risiken sehr groß sind, müsste es eine politische Unterstützung der beteiligten Länder geben, forderte sie. Die Entscheidung für die norwegischen Projekte sei nur möglich gewesen durch die starke staatliche Unterstützung, auch in Dänemark und Großbritannien sei durch staatliche Beteiligung eine Absicherung erfolgt. Ähnliches müsse rasch auch in Deutschland entschieden werden, forderten die Tagungsteilnehmer. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Experten vor Umweltausschuss uneins über CCS-Nutzung



Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

**POLITIK.** Im Umweltausschuss des Bundestags prallen beim Thema CCS unterschiedliche Expertisen aufeinander: Industrievertreter drängen auf breiten Einsatz, Wissenschaftler mahnen zur Begrenzung.

Die Trennlinie hatte vorab bereits die Politik scharf gezogen. Während CDU und CSU zwei Vertreter der Industrie zu dem öffentlichen Fachgespräch im Umweltausschuss über die Speicherung von Kohlendioxid (CCS) eingeladen hatten, hatten SPD, Grüne und Linke drei Wissenschaftler als Sachverständige benannt. Die AfD hatte einen Geologen aus den eigenen Reihen entsandt.

Die Anwendung solle möglichst breit gehalten und CCS nicht nur als „allerletztes Mittel“ eingesetzt werden, forderte Ludger Radermacher für den Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geothermie (BVEG). Die Organisation erwartet sich von der Politik eine Carbon-Management-Strategie, die vor allem das Kriterium Kosteneffizienz erfüllt. Damit zielte Rademacher auf Überlegungen, CO<sub>2</sub> im Meeresuntergrund zu speichern. Die Onshore-Speicherung sei sicher und durch geringere Transportkosten günstiger als die Offshore-Speicherung, sagte er.

### **Chemieindustrie: CCS auch eine „Brücke“**

Matthias Belitz vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) bezeichnete CCS als unverzichtbar für die Branche, um klimaneutral zu werden. Beispielhaft verwies er auf Prozesse wie die Herstellung von Calciumcarbid. In der Wärme- und Dampferzeugung seien fossile Brennstoffe noch nicht wirtschaftlich zu ersetzen. CCS, so der Bereichsleiter für Nachhaltigkeit und Klimaschutz beim VCI, könne „als Brücke dienen“.

Der Landtagsabgeordnete Marcus Resch (AfD) vertrat den Standpunkt, dass ein politisches Problem konstruiert werde, um eine „technisch aufwendige und kostenintensive Infrastruktur“ zu schaffen. Nur ein geringer Anteil der Emissionen könne technisch behandelt werden. Zudem bestehe das Risiko von „Leckagen und biologischen Störungen“, warnte der Geologe.

### **Wissenschaftler: „Kein Freifahrtschein“**

„Wir müssen schwer vermeidbare Emissionen, soweit es geht, reduzieren und die CO<sub>2</sub>-Entnahmekapazitäten parallel ausbauen“, wird Felix Schenuit von der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) zitiert. Er verwies auf den Weltklimarat (IPCC), der empfiehlt, verbleibende Restemissionen durch CO<sub>2</sub>-Entnahme auszugleichen. Für die Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus Abgasen sowie für die CO<sub>2</sub>-Entnahme aus der Atmosphäre brauche es CCS, so Schenuit. Gleichwohl sei die Technologie „kein Freifahrtschein“ für weniger Klimaschutz. Auch er hob die hohen Kosten für die Technologie hervor.

Volker Quaschnig, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, sprach von „exorbitant hohen Kosten“ und mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung für den Bau eines CO<sub>2</sub>-Pipeline-Netzes, wie es für CCS notwendig wäre. Er riet stattdessen dazu, „alle vermeidbaren Restemissionen bis 2045 auf null zu reduzieren“. Die Verbrennung von Erdgas, Erdöl und Kohle sollte bis dahin beendet werden. Auch die Emissionen der Landwirtschaft und der Industrie müssten auf „das absolut technische Minimum“ reduziert werden, so der Sachverständige.

Konstantin Litker vom Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft sagte, staatliches Geld dürfe es nur für Projekte zur Abscheidung und Speicherung von „nachweisbar“ unvermeidbaren Restemissionen geben. CCS für Gaskraftwerke und für blauen Wasserstoff sei hingegen teuer, technisch komplex und verlängere zudem „fossile Geschäftsmodelle“. // VON MANFRED FISCHER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)[^ Zum Inhalt](#)

## Gerichtshof bestätigt Genehmigung der Eon-Innogy-Transaktion



Quelle: Pixabay / Sang Hyun Cho

**RECHT. Der Gerichtshof der EU hat sein Urteil verkündet. Damit scheitern mehrere deutsche Stadtwerke in letzter Instanz mit ihren Einwänden gegen die Innogy-Übernahme durch Eon im Jahr 2018.**

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat die Genehmigung der Europäischen Kommission für den Erwerb von Innogy-Sparten durch den Konzern Eon bestätigt. Damit scheitern mehrere deutsche Stadtwerke auch in letzter Instanz mit ihren Einwänden gegen die Transaktion, teilte der Gerichtshof am 19. März mit.

Im Zentrum des Verfahrens stand ein umfassender Umbau zwischen den Energieunternehmen RWE und Eon aus dem Jahr 2018. Durch eine Reihe von Geschäften wurde die Stromerzeugung bei RWE und das Netz- und Endkundengeschäft bei Eon konzentriert, wobei RWE als größter Einzelaktionär bei Eon einstieg (wir berichteten).

### *Drei Transaktionen erfolgten im Jahr 2018*

Der Austausch von Vermögenswerten umfasste mehrere Transaktionen, darunter den Erwerb von Erzeugungsanlagen durch RWE sowie die Übernahme der Energieverteilung und des Vertriebs von Innogy durch Eon. Mit einer ersten Transaktion wollte RWE die alleinige Kontrolle über bestimmte Erzeugungsanlagen von Eon erwerben. Die zweite Transaktion bestand im Erwerb der Sparten Energieverteilung und -vertrieb sowie bestimmter Erzeugungsanlagen von Innogy, einer Tochtergesellschaft von RWE, durch Eon. Die dritte Transaktion sah den Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 16,67 Prozent an Eon durch RWE vor.

Der erste und der zweite Zusammenschluss wurden von der Europäischen Kommission geprüft und genehmigt, der dritte Zusammenschluss hingegen vom deutschen Bundeskartellamt. Elf deutsche Stadtwerke fochten damals die beiden Beschlüsse der Kommission vor dem Gericht der Europäischen Union an.

### *Gerichtshof bestätigt Linie der Vorinstanz*

Bereits das Gericht der Europäischen Union hatte die Klagen in den Jahren 2023 zurückgewiesen. Es stellte fest, dass kein einheitlicher Zusammenschluss vorliege, sondern mehrere eigenständige Transaktionen. Zudem erkannte es keine offensichtlichen Fehler in der wettbewerbsrechtlichen Bewertung durch die Kommission.

Neun Stadtwerke legten daraufhin Rechtsmittel beim Gerichtshof ein. Dieser bestätigte zunächst im Juni 2025 die Genehmigung des ersten Zusammenschlusses. Mit den aktuellen Urteilen weist er auch die Rechtsmittel gegen die zweite Transaktion zurück.

Der Gerichtshof folgt damit der Argumentation der Vorinstanz. Die drei Transaktionen stellten keinen einheitlichen Vorgang dar. Es handle sich nicht um Zwischenschritte zur Erlangung der Kontrolle durch ein einzelnes Unternehmen, sondern um rechtlich getrennte Zusammenschlüsse.

### *Bedeutung für künftige Fusionskontrolle*

Die Entscheidungen konkretisieren die Maßstäbe für die Bewertung komplexer Transaktionsstrukturen im Energiesektor. Der Gerichtshof bestätigt, dass mehrere miteinander verbundene Vorgänge nicht automatisch als einheitlicher Zusammenschluss zu behandeln sind.

Für die Praxis der Fusionskontrolle bedeutet dies eine Bestätigung der bisherigen Linie der Kommission. Unternehmen können komplexe Umstrukturierungen weiterhin in getrennten Verfahren anmelden, sofern keine einheitliche Kontrolle im Sinne des Wettbewerbsrechts vorliegt.

Der vollständige Wortlaut der Urteile (C-171/24 P bis C-177/24 P sowie C-178/24 P und C-179/24 P) sind auf der Seite des Gerichtshofs der EU. // [VON HEIDI ROIDER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## **Gleitschirmfliegern geht die Luft aus im Streit mit der Windkraft**



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

**RECHT. Gleitschirmfans fliegen nicht notwendigerweise auf Windkraft ab. Im Hochsauerland aktuell gar nicht. Denn der Eilantrag eines Vereins gegen eine Turbine ist vor dem OVG NRW gescheitert.**

Militärflieger, Linienjets, Hubschrauber, Segelflieger – sie alle haben sich bereits in Rechtsstreits mit den Entwicklern von Windkraft-Projekten wiedergefunden. Nun ist auch die Klage eines Drachen- und Gleitschirmfliegervereins gegen ein Ökoenergie-Projekt aktenkundig.

Mit dem Begehren, eine Turbine im Süden der Stadt Meschede gerichtlich verbieten zu lassen, ist der Verein „SauerlandAir“ aus Eslohe-Wenholthausen zunächst unsanft auf dem Boden der Tatsachen gelandet. Im Eilverfahren wies das zuständige Oberverwaltungsgericht für Nordrhein-Westfalen das Ansinnen ab.

Nimmt man die Befürchtungen des Vereins beim Wort, lasse die beklagte Anlage – es ist eine von insgesamt sechs im Windpark geplanten – dem Verein keine Luft mehr zum Atmen. Als „höchstwahrscheinlichen K.O. für unseren Verein“ hatte der Vereinsvorsitzende Manuel Moreno die Turbine gegenüber dem WDR bezeichnet.

Das Problem soll im Standort der Windenergieanlage begründet sein. Die Turbine stehe den Gleitschirmfliegerinnen und -fliegern im Wind, sagen sie. Genauer gesagt: in der Schneise, die für den Start und die Thermik entscheidend sei. Der Startplatz in Wenholthausen genießt in NRW Kultstatus, dort heben im Jahr mehr als 1.000 Menschen zu ihren Flügen ab.

Projektierer ist die Hochsauerland-Energie GmbH, ein 2009 erfolgter Energie-Zusammenschluss der Kommunen Meschede, Olsberg und Bestwig. Das Versorgungsunternehmen und dessen kommunale Vertretungen hatten stets betont, den Verein im Genehmigungsverfahren nicht benachteiligt zu haben. Das bestätigte auch das OVG im Eilverfahren.

Schwerer noch als die Frage der ordnungsgemäßen Beteiligung wiegt allerdings der erhobene Vorwurf, die Windkraftanlage wende sich rücksichtslos gegen die Interessen des 800 Menschen starken Vereins. Die behauptete Existenzbedrohung, also den vermeintlichen „K.O.“, konnte der 22. Senat allerdings nicht ausmachen, da es nur zu minimalen Beeinträchtigungen des Flugbetriebs kommen könnte.

Auch widerspreche der Verein sich, wenn er Windgeschwindigkeiten in der Begründung anführt. Bis 20 km/h sei der Flugbetrieb durch die Turbine ohnehin nicht gestört, über dieser Marke werde es aufgrund der zunehmenden Windstärke per se schwierig, diese Sportart auszuüben. Außerdem habe der Regionalplan, der jüngst Windkraftgebiete festgelegt hat, während der Aufstellung die Belange des Vereins angemessen berücksichtigt.

Der Spruch des Münsteraner Gerichts muss noch nicht die Bruchlandung für den Gleitschirmfliegerverein bedeuten. Es war zwar das unanfechtbare Ende des Eilverfahrens. In der Hauptsache gelangt das Thema gleichwohl noch einmal vor das OVG. Es sei denn, der Verein glaubt nicht länger an einen Erfolg und zieht die im November eingereichte Klage wieder zurück. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

## Studie sieht Fehlanreize bei Gaskraftwerksstandorten



Quelle: Fraunhofer IEG

**GASKRAFTWERKE. Das Fraunhofer IEG analysierte im Auftrag der Leag Clean Power den geplanten Südbonus für Gaskraftwerke und sieht Risiken für Fehlsteuerungen.**

Die Bundesregierung plant, bis 2030 den Bau von bis zu 20.000 MW neuer Gaskraftwerkskapazitäten anzureizen. Ein zentrales Instrument ist der sogenannte Südbonus, der Investitionen gezielt in den netztechnischen Süden lenken soll. Dort sollen künftig zwei Drittel der ausgeschriebenen Kapazitäten entstehen, um Netzengpässe zu reduzieren und die Versorgungssicherheit zu stabilisieren.

Eine aktuelle Analyse des Fraunhofer IEG (Energieinfrastrukturen und Geotechnologien) kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass dieser Bonus seinen Zweck möglicherweise übererfüllt. Laut der Studie verfügen süddeutsche Standorte bereits heute über wirtschaftliche Vorteile durch bestehende Fördermechanismen. Dazu zählt insbesondere die anteilige Werteverbrauchsvergütung, die Kraftwerksbetreiber erhalten, wenn sie im Rahmen von Redispatch-Maßnahmen ungeplant zusätzliche Leistung bereitstellen.

Wie die Forschenden darlegen, können diese Vergütungen über die Lebensdauer einer Anlage erhebliche Summen erreichen. In einzelnen Regionen im Süden liegen die ermittelten Werte laut Analyse in einer Größenordnung, die dem geplanten Südbonus entspricht oder diesen sogar übertrifft. Steigende Preise für Kraftwerkskomponenten könnten diesen Effekt zusätzlich verstärken.

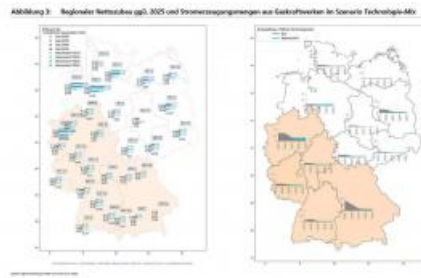
### *Kraftwerksstrategie überarbeiten*

„Die Studie liefert eine wichtige Grundlage, um die Kraftwerksstrategie volkswirtschaftlich optimal auszurichten“, sagt Mario Ragwitz, Leiter des Fraunhofer IEG. Ziel sei es, neue Kapazitäten dort zu errichten, wo sie das Energiesystem tatsächlich stärken. Bei der Ausgestaltung der Ausschreibungen müsse darauf geachtet werden, Fehlanreize zu vermeiden.

Auch Thorsten Spillmann, Projektleiter am Institut, weist auf Abstimmungsbedarf hin. Bestehende und geplante Förderinstrumente müssten besser verzahnt werden, da sonst Investitionen im Norden behindert werden könnten. Dieser bleibe für die Versorgungssicherheit ebenfalls relevant.

Die Studie hebt hervor, dass die Kombination aus Südbonus und bestehenden Vergütungsmechanismen zusätzliche Risiken birgt. Berücksichtigen Betreiber mögliche Erlöse aus Redispatch bereits bei ihren Geboten, können Unsicherheiten entstehen, die die Kapitalkosten erhöhen. Bleiben diese Erlöse unberücksichtigt, drohen im Nachhinein höhere Zahlungen und damit Mehrkosten für die Allgemeinheit. In

beiden Fällen könnten Investitionen stärker in den Süden fließen als politisch vorgesehen.



Vergleich regionaler Zubau und Stromerzeugung aus Gaskraftwerken -

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: Fraunhofer IEG

### Gegenvorschläge aus der Studie

Zur Begrenzung solcher Effekte schlagen die Autoren mehrere Maßnahmen vor. So könnten neu ausgeschriebene Anlagen von der anteiligen Werteverbrauchsvergütung ausgenommen werden. Alternativ wäre eine verpflichtende Rückzahlung entsprechender Erlöse denkbar. Beide Ansätze würden laut Analyse die Investitionssicherheit erhöhen und die Steuerungswirkung des Südbonus präzisieren. Eine pauschale Einpreisung erwarteter Vergütungen bewerten die Forschenden hingegen kritisch, da sie zusätzliche Risiken für Betreiber mit sich bringe.

Die Untersuchung entstand in Zusammenarbeit mit der Consentec GmbH. Auftraggeber war die Lausitzer Energie AG Clean Power mit Sitz in Cottbus (Brandenburg), ein Energieunternehmen mit Fokus auf erneuerbare Energien und flexible Kraftwerkskapazitäten. Laut den Studienautoren zeigt die Analyse, dass ein abgestimmtes Zusammenspiel von Förderinstrumenten, Netzbetrieb und Standortpolitik entscheidend ist, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Kosten für Verbraucher zu begrenzen.

Die [IEG-Studie zum Südbonus für Kraftwerke](#) steht als PDF zum Download bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

## Mehrheit fordert mehr Tempo bei Green Tech



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

**F&E. Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zeigt: Viele Menschen in Deutschland erwarten schnellere Fortschritte bei Green Tech und mehr staatliche Förderung.**

Eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sieht beim Ausbau umweltfreundlicher Technologien deutlichen Handlungsbedarf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wünschen sich viele Befragte mehr Tempo bei der Entwicklung und Anwendung sogenannter Green-Tech-Lösungen.

Nach Angaben der DBU bewerten rund 60 Prozent der 1.006 Befragten den Fortschritt Deutschlands in Bereichen wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Recycling und Wasserstoff im internationalen Vergleich als durchschnittlich. Weitere 24 Prozent halten Deutschland in diesen Feldern für rückständig. Nur elf Prozent sehen das Land als führend. Die Erhebung fand im Januar statt.

Gleichzeitig misst eine deutliche Mehrheit der Green-Tech-Branche große wirtschaftliche Bedeutung bei. Laut Umfrage halten 80 Prozent der Befragten Herstellung und Export umweltfreundlicher Technologien für

zentrale Säulen der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Der Generalsekretär der DBU, Alexander Bonde, bewertet dies als klares Signal. Deutschland dürfe seine Position in diesem Bereich nicht gefährden, erklärte Bonde laut Mitteilung.

Die DBU verweist zudem auf die wirtschaftliche Entwicklung der Branche. Seit 2010 sei die Bruttowertschöpfung im Green-Tech-Sektor jährlich um rund fünf Prozent gewachsen. Zudem entfallen laut Stiftung mehr als acht Prozent der deutschen Exporte auf diesen Bereich. Grundlage der Branche seien umweltfreundliche Produktentwicklungen und Geschäftsmodelle, die laut dem sogenannten Green-Tech-Atlas verschiedene Leitmärkte umfassen, darunter Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz und nachhaltige Mobilität.

Technologische Innovationen spielen aus Sicht der Bevölkerung insgesamt eine zentrale Rolle. 93 Prozent der Befragten halten sie für sehr oder eher wichtig für die Zukunft des Landes. Unterschiede zeigen sich laut Umfrage zwischen den Geschlechtern: Männer bewerten Innovationen häufiger als „sehr wichtig“ als Frauen.



Wunsch der Deutschen nach mehr Innovation nach Bereichen.

(Für Vollbild-Darstellung auf die Grafik klicken)

Quelle: DBU

Auch innerhalb einzelner Bereiche zeigen sich Unterschiede: Frauen wünschen sich laut Umfrage deutlich häufiger Innovationen im Gesundheits- und Pflegesektor als Männer. Bonde sieht hier großes Potenzial für Umwelttechnologien. Der Gesundheitsbereich sei mit einem hohen Ressourcenverbrauch und erheblichen Emissionen verbunden und könne durch Innovationen zur Entlastung von Umwelt und Klima beitragen, erklärte er.

### **Mehrheit will staatliche Förderung**

Als Beispiel nennt die DBU die Förderinitiative „CirculAid“, die Projekte zur Kreislaufwirtschaft im Gesundheitswesen unterstützt. Neben dem Tempo beim Ausbau von Green Tech spricht sich eine Mehrheit der Befragten auch für ein stärkeres staatliches Engagement aus. Insgesamt 69 Prozent halten eine intensivere Förderung von Umwelttechnologien für notwendig. 16 Prozent sehen die aktuelle Förderung als ausreichend an, während etwa zehn Prozent sie für zu hoch halten.

Schwerpunkte für zusätzliche staatliche Maßnahmen sehen die Befragten vor allem in Forschung und Entwicklung sowie in der Kreislaufwirtschaft. Jeweils rund 65 Prozent derjenigen, die mehr Förderung befürworten, nennen diese Bereiche als besonders wichtig.

Bei der Frage nach der Verantwortung für den Ausbau von Umwelttechnologien sehen 39 Prozent in erster Linie Staat und Politik in der Pflicht. 32 Prozent verteilen die Verantwortung auf mehrere Akteure, darunter Wirtschaft und Wissenschaft. 21 Prozent schreiben sie vor allem Industrie und Unternehmen zu.

// VON SUSANNE HARMSSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Europäisches Energiedilemma



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

**INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.**

Der Krieg im Nahen Osten stellt die Europäer vor unangenehme Entscheidungen zwischen kurzfristigen Wünschen und ihren langfristigen Zielen.

Dass sich die Staats- und Regierungschefs der EU in dieser Woche mit der Energie- und Klimapolitik und ihrer Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie befassen wollten, stand schon fest, bevor der Angriff auf den Iran eine neue Schockwelle durch die Energiemärkte geschickt hat. Die Explosion der Öl- und Gaspreise verschärft das Dilemma der EU: Energie ist in Europa teurer als in anderen Industrieländern und der Druck, dagegen etwas zu unternehmen, ist in den letzten Tagen noch einmal gestiegen.

Die Klimapolitik, von manchen als wichtiger Kostenfaktor identifiziert, gerät dabei immer stärker in den Fokus, allerdings unter verschiedenen Vorzeichen. Zum EU-Gipfel, auf dem nicht nur über kurzfristige Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise geredet wird, sondern auch darüber, wie es in den 30er Jahren mit der Energie- und Klimapolitik weitergehen soll, sind die Staats- und Regierungschefs mit unterschiedlichen Positionen angereist.

### *Bundesregierung zwischen den Positionen*

Die skandinavischen Länder, Portugal und Spanien wollen die anspruchsvolle Klimapolitik der letzten Jahre fortsetzen und an einem starken Preissignal des ETS festhalten. In Osteuropa aber auch in Italien oder Österreich hat man die Emissionsrechte dagegen als Kostentreiber ausgemacht und verlangt Eingriffe in das ETS, um seine Auswirkungen zu begrenzen. Ministerpräsidentin Meloni will den Emissionshandel aussetzen, bis Gas wieder billiger ist. Manche Länder können sich sogar eine Zukunft ohne ETS vorstellen. Seine Kritiker wollen zumindest einen Mechanismus durchsetzen, der verhindert, dass Öl- und Gaspreisschocks durch den CO<sub>2</sub>-Preis noch verstärkt werden.

Die Bundesregierung sieht sich zwischen den beiden Gruppen: Sie will am Emissionshandel grundsätzlich festhalten, die Industrie aber weiter durch Gratiszertifikate entlasten. Das käme vor allem der chemischen Industrie zugute, die auf fossile Brennstoffe nicht verzichten kann. Teile der Stahl- oder der Zementindustrie stehen dem ETS positiver gegenüber. Sie sehen größere Chancen in einer Transformation, die durch den CO<sub>2</sub>-Preis unterstützt und durch Einnahmen aus dem Emissionshandel gefördert wird.

Die Kommission versucht, von ihrer Klimapolitik zu retten, was zu retten ist. Zur schnellen Dekarbonisierung gebe es keine Alternative, sagt Energiekommissar Dan Jørgensen: „Wir müssen diese Gelegenheit nutzen, um schneller voranzukommen, besser zu werden.“ Der Ausstieg aus den fossilen Energien sei nicht nur für das Klima nötig oder um unabhängig zu werden von Russland: „Europa steht vor einer existenziellen Entscheidung. Entweder wir bleiben abhängig von den Unwägbarkeiten der globalen Energiemärkte oder wir gewinnen die Kontrolle über unsere Energieversorgung zurück.“

Jørgensen räumt ein, dass kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher und der Unternehmen nötig sein könnten. Dabei gehörten alle Kostenfaktoren auf den Prüfstand. Die Mitgliedsstaaten könnten zum Beispiel die Stromsteuern senken.

### *Neue Benchmarks für die Industrie*

Den Brief, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang der Woche an die Staats- und Regierungschefs verschickt hat, könnte man allerdings so verstehen, dass auch strategische Ziele zur Debatte stehen. Die Kommission werde schon bald neue „Benchmarks“ für die Industrie und eine Reform der Marktreserve (MSR) vorlegen, heißt es da. Das ETS insgesamt komme in der zweiten Jahreshälfte auf den Prüfstand, „insbesondere um für die Zeit nach 2030 einen realistischeren Dekarbonisierungspfad vorzuschlagen“. Mit anderen Worten: was man bislang plant ist wohl nicht realistisch.

Mehr Realismus ist nach Ansicht von Klimakommissar Wopke Hoekstra auch im Hinblick auf die internationale Klimapolitik angesagt. Die Kooperation im Rahmen der Klimakonferenzen habe sich als nicht sehr effektiv erwiesen, sagte Hoekstra in dieser Woche. Solidarität und Gegenseitigkeit müssten Hand in Hand gehen. Es könne nicht sein, dass die EU am meisten für den Klimaschutz leiste und am meisten bezahle, international aber auf die größten Schwierigkeiten stoße. Wegen der notwendigen Einstimmigkeit sei das System aber nicht reformierbar: „Wir müssen uns der Tatsache stellen, dass es eine Reihe von Ländern gibt, die unter erfolgreichem Klimaschutz einfach nicht dasselbe verstehen wie wir.“

Sorgen bereitet dem Klimakommissar vor allem China. Die Volksrepublik leiste Beachtliches bei der Energiewende, gleichzeitig seien immer neue Kohlekraftwerke, die in China weiter ans Netz gingen, nicht gerade klimaschonend. Es sei deswegen sinnvoller, Gruppen von „willigen“ Ländern zu bilden, die sich auf umsetzbare Ziele verständigen könnten. // **VON TOM WEINGÄRTNER**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## HANDEL & MARKT



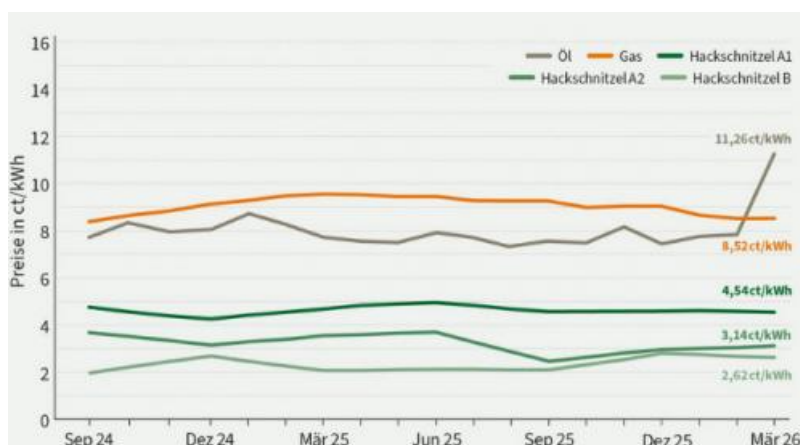
Quelle: Pixabay / Wolfgang Eckert

### Hackschnitzelpreise im ersten Quartal leicht gesunken

**WÄRME.** Die Preise für Holzhackschnitzel bewegen sich im 1. Quartal kaum. Der Durchschnittspreis ist laut dem Deutschen Pelletinstitut (DEPI) um 1,32 Prozent gegenüber dem Vorquartal gefallen.

Trotz der kalten Wintermonate waren Hackschnitzel aller Qualitäten (A1, A2 und B) gut verfügbar. Dafür gibt es laut Depi zwei Gründe: Zum einen hat der Handel mit entsprechend großen Lagermengen vorgesorgt, zum anderen war die Rohholzverfügbarkeit deutlich besser als im Vorquartal.

„Die Rahmenbedingungen für Holzhackschnitzel haben sich im Vergleich zum vorigen Quartal deutlich entspannt“, erklärt Depi-Geschäftsführer Martin Bentele. „Die gestiegenen Rundholzpreise haben sich kaum auf den Hackschnitzelmarkt ausgewirkt. Dies ist offensichtlich dem hohen Lagerbestand geschuldet. Zudem sehen wir eine grundsätzlich abnehmende Nachfrage nach Industrieholz von der Papier- und Zellstoffindustrie.“



Preisentwicklung der verschiedenen Energieträger im 1. Quartal.

Quelle: DEPI

Die angespannte Situation der fossilen Energieträger Öl und Gas vergrößert zudem den Kostenvorteil: Gegenüber Heizöl sind Hackschnitzel nach Depi-Angaben rund 60 Prozent günstiger, im Vergleich zu Erdgas sind es etwa 47 Prozent.

Der Hackschnitzelpreis wird vom Depi quartalsweise erhoben. Unternehmen, die Hackschnitzel produzieren, können ihre Verkaufspreise für alle Qualitätsklassen freiwillig beim Depi melden. Der Erhebungszeitraum endet am 15. des dritten Monats des laufenden Quartals. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

## EWE verkauft Wärme-Contractor WCG



Quelle: Fotolia / bluedesign

**BETEILIGUNG.** Das Oldenburger Energieunternehmen EWE trennt sich von seiner Beteiligung an der Hamburger WCG.

Mit dem Verkauf der WCG Wärme Contracting an den britischen Infrastrukturinvestor Pioneer Point Partners setze man die Fokussierung des Portfolios fort, so eine Unternehmensmitteilung von EWE.

Nach Angaben von EWE ist der Verkauf vor dem Hintergrund einer ambitionierten Transformationsagenda mit einem Investitionsvolumen von rund 16 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren zu sehen. Das mehrheitlich kommunale Energie- und Telekommunikationsunternehmen konzentrierte sich mit der Entscheidung weiter auf strategische Wachstumsbereiche. „EWE dankt den Mitarbeitenden von WCG für ihr Engagement und wünscht dem Unternehmen für die nächste Entwicklungsphase viel Erfolg“, heißt es weiter.

Pioneer Point Partners mit Sitz in London möchte der Hamburger WCG nach Angaben von EWE weiteres Wachstum im Bereich energieeffizienter und erneuerbarer Wärmelösungen ermöglichen.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## ⚙️ TECHNIK



Quelle: Shutterstock / Alexander Limbach

### Thyssenkrupp Nucera liefert 300-MW-Elektrolyseure nach Südspanien

**WASSERSTOFF.** Thyssenkrupp Nucera liefert 15 Elektrolyseure mit insgesamt 300 MW nach Südspanien. Das Projekt „Onuba“ ist Teil des geplanten 2.000-MW-Vorhabens „Andalusian Green Hydrogen Valley“.

Thyssenkrupp Nucera liefert für das Wasserstoffprojekt „Onuba“ des spanischen Energieunternehmens Moeve 15 alkalische 20-MW-Elektrolyseure mit insgesamt 300 MW. Moeve hatte Anfang März 2026 die endgültige Investitionsentscheidung für die erste Ausbaustufe des „Andalusian Green Hydrogen Valley“ getroffen.

Der Vertrag umfasst Planung, Beschaffung, Fertigung und Lieferung der Elektrolyse-Technik. Onuba ist die erste Phase des andalusischen Wasserstoffvorhabens von Moeve am Energy Park La Rabida in Huelva im Südwesten Spaniens. Die Anlage soll eine nominelle Produktionskapazität von rund 45.000 Tonnen grünem Wasserstoff pro Jahr erreichen. Moeve beziffert die mögliche CO<sub>2</sub>-Minderung auf rund 250.000 Tonnen jährlich.

Das Projekt ist Teil des „Andalusian Green Hydrogen Valley“, das Moeve mit einem Investitionsvolumen von rund 3 Milliarden Euro in Südspanien entwickelt. Geplant ist der Aufbau einer Elektrolysekapazität von insgesamt 2.000 MW an den Standorten Huelva und Campo de Gibraltar (Cádiz). Der dort produzierte Wasserstoff – etwa 300.000 Tonnen pro Jahr – soll vor allem zur Dekarbonisierung der eigenen Industrieprozesse sowie zur Herstellung erneuerbarer Kraftstoffe für den Luft- und Seeverkehr genutzt werden.

Neben der Produktion umfasst das Vorhaben auch den Aufbau einer gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich Speicherung, Transport und Exportinfrastruktur. Moeve plant, den Wasserstoff über bestehende Logistikstrukturen und Häfen in internationale Märkte zu liefern. Die Standorte profitieren von hohen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten aus Solar- und Windenergie, die als Grundlage für die Elektrolyse dienen.

Für Thyssenkrupp Nucera ist das Vorhaben Teil einer bestehenden Zusammenarbeit mit Moeve. Bereits

zuvor hatten beide Unternehmen Vereinbarungen zur Reservierung von Produktionskapazitäten getroffen. Mit der Investitionsentscheidung geht das Projekt nun in die Umsetzungsphase. // VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

## Eaton mit KI-Plattform zum Gebäudemanagement



Quelle: Fotolia / Denys Prykhodov

**IT. Mit „Brightlayer Energy“ führt das Softwareunternehmen Eaton eine KI-gestützte Plattform für das Gebäudemanagement ein.**

Energieverbrauch, Kosten und Emissionen in Gebäuden automatisiert optimieren und regulatorische Anforderungen unterstützen: Das verspricht das Softwarehaus Eaton laut einer aktuellen Pressemitteilung mit seiner KI-gestützten Softwarelösung „Brightlayer Energy“.

Die Plattform basiert auf Echtzeitdatenanalyse, Prognosen und automatisierter Steuerung und ist Teil des „Buildings-as-a-Grid“ („Gebäude als Netz“-)Ansatzes des Unternehmens. Ziel ist es, Gebäude als flexible Energieeinheiten zu betreiben und dezentrale Energiequellen wie Photovoltaik, Batteriespeicher und Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge zu integrieren.

Nach Unternehmensangaben ermöglicht die Software eine dynamische, netzinteraktive Steuerung des Energieeinsatzes. Sie integriert unter anderem Wetter- und Marktdaten, prognostiziert Energiebedarf sowie Solarstromerzeugung und steuert Lasten sowie Speicher automatisiert. Zudem unterstützt die Lösung die Überwachung und Berichterstattung von Scope-1- und Scope-2-Emissionen und adressiert regulatorische Anforderungen in Nordamerika, Europa und dem Nahen Osten.

### *Hohes Optimierungspotenzial*

Eaton verweist auf das hohe Optimierungspotenzial im Gebäudesektor: So würden in den USA gewerbliche Gebäude im Durchschnitt rund 30 Prozent der aufgewendeten Energie verschwenden, während in der Europäischen Union etwa 75 Prozent der Gebäude eine geringe Energieeffizienz aufwiesen. Die Plattform solle dazu beitragen, diese Potenziale zu erschließen und Anforderungen wie die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden umzusetzen.

Getestet wurde das bereits in einigen Pilotprojekten. Eaton zufolge reduzierte ein Hotel in Amsterdam dabei seine Stromkosten um mehr als 25 Prozent und die Emissionen um 27 Prozent. In einem Logistikzentrum in den USA seien die Energiekosten um 17 Prozent gesunken, während sich die Kosten für das Laden von Flurförderzeugen um 66 Prozent verringerten.

Die Software bietet ein mehrstufiges Energiemanagement auf Standort-, Campus- und Unternehmensebene. Funktionen wie Lastspitzenmanagement, tarifbasierte Lastverschiebung und die Integration von Energiemarktdaten sollen eine optimierte Betriebsführung ermöglichen. Ergänzend liefert die Plattform Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Effizienz und Betrieb sowie zur Einhaltung von Berichtspflichten. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

## 15-Tonnen-Rotorblatt reißt von Windrad ab



Quelle: Pixabay / Simon

**WINDKRAFT ONSHORE. Rotorblatt-Abstürze sind selten – in Bayern ist jetzt aber dennoch ein 60 Meter langes Bauteil zu Boden gefallen. Experten suchen nach der Ursache des Vorfalls.**

Bei Berching in der Oberpfalz ist ein 15 Tonnen schweres Rotorblatt von einer Windkraftanlage abgerissen und zu Boden gestürzt. Wie das Betreiberunternehmen mitteilte, wurde niemand verletzt. In der 30-jährigen Geschichte des Unternehmens sei dies der erste Vorfall dieser Art, sagte eine Sprecherin der Windpower-Gesellschaft aus Regensburg.

Es werde mit Hochdruck an der Klärung der Ursache gearbeitet. Die eigenen Techniker würden dabei von einem Gutachter unterstützt. Laut Polizei wurde eine Straße in unmittelbarer Nähe vorübergehend gesperrt.

Der Unfall ereignete sich im Bürgerwindpark von Berching in der Oberpfalz. Das betroffene Windrad ist im Jahr 2012 gebaut worden, im November ist es nach Angaben des Unternehmens zuletzt gewartet worden. Die Windkraftanlage ist mehr als 140 Meter hoch, ein Rotorblatt hat eine Länge von knapp 60 Metern.

Windkraftanlagen werden generell aber als sehr sicher eingestuft. Nach Angaben der Bayerischen Staatsregierung sind solche Schäden selten.

Der TÜV hatte zuletzt etwa 50 gravierende Schäden an Windenergieanlagen pro Jahr in Deutschland verzeichnet, wobei rund 30.000 Anlagen in Betrieb seien. „Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Rotorblatt abbricht oder sich ein anderer schwerer Schaden ereignet, liegt also bei weniger als 2 Promille“, heißt es auf einer Informationsseite des Wirtschaftsministeriums in München zur Sicherheit bei Windkraftanlagen.

// VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK &amp; RECHT



HANDEL &amp; MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

## UNTERNEHMEN



Quelle: Shutterstock / Andrii Yalansky

### Netze BW bald unter neuer Führung

**PERSONALIE. Selma Lossau wird neue technische Geschäftsführerin der Netze BW. Martin Konermann geht dann in den Ruhestand.**

Die Netze BW beruft Selma Lossau zum 1. September 2026 zur technischen Geschäftsführerin. Die promovierte Ingenieurin ist derzeit Leiterin des Netzgebiets Süd und folgt in ihrer neuen Funktion auf Martin Konermann. Zzum 31. August 2026 geht dieser nach fast drei Jahrzehnten in leitenden Funktionen beim baden-württembergischen EnBW-Konzern in den Ruhestand.



Selma Lossau wird ab September technische Geschäftsführerin bei Netze BW.

Quelle: Netze BW

Dirk Güsewell, Aufsichtsratsvorsitzender der Netze BW und EnBW-Vorstand für Systemkritische Infrastruktur und Kunden, zu Lossau: „Mit ihrer ausgewiesenen Digitalisierungs- und Transformationserfahrung ist sie eine hervorragende Ergänzung des bestehenden Management-Teams.“ Lossaus Expertise sowohl im Netzgeschäft im Allgemeinen wie auch in den internen Prozessen sei besonders wertvoll in der aktuellen Phase des intensiven Netzausbaus und der damit verbundenen Herausforderungen.

Lossau kam 2011 als Referentin für erneuerbare Energien zur EnBW und wechselte 2015 zur Netze BW. Dort übernahm sie verschiedene Führungspositionen und leitet seit 2025 das Netzgebiet Süd. In dieser Funktion verantwortet sie den Netzbau, -betrieb und -anschluss in den Sparten Strom, Gas und Dienstleistungen im südlichen Baden-Württemberg.



Bekleidete fast drei Jahrzehnte leitende Positionen  
im EnBW-Konzern: Martin Konermann  
Quelle: Netze BW / Uli Deck

Netze BW beschäftigt an rund 90 Standorten in Baden-Württemberg mehr als 5.800 Mitarbeitende sowie 800 Auszubildende und Studierende. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

## Abwärme von Rechenzentrum für Potsdam und Wustermark



Die Stadtspitzen Holger Schreiber (l.) und Noosha Aubel. Quelle: Gemeinde Wustermark / S. Kelm

**FERNWÄRME.** Das Heizen der Zukunft setzt im Berliner Speckgürtel auch auf gewerbliche Abwärme. Die Kommunen Wustermark und Potsdam sowie der Versorger EWP arbeiten jetzt bei einem Projekt zusammen.

Eine kleine brandenburgische Gemeinde will von einem riesigen Rechenzentrum profitieren. Noch in der Entstehungsphase des 3-Milliarden-Projekts, das der US-Spezialist Virtus im Berliner Umland vorantreibt, macht die Standortgemeinde Wustermark Nägel mit Köpfen.

Die Spitzen der beiden Nachbarkommunen Wustermark und Potsdam sind sich über die Nutzung der Abwärme, die durch den Betrieb des großen Rechenzentrums abfällt, weitgehend einig. In einer Absichtserklärung haben Bürgermeister Holger Schreiber und Potsdams Oberbürgermeisterin Noosha Aubel (beide parteilos) die gemeinsame Nutzung der Virtus-Abwärme festgehalten.

Das teilen die Kommunen in einer gemeinsamen Erklärung mit. Potsdam, so heißt es dort, könne mit der entstehenden Abwärme das Zweieinhalbfache der derzeit erforderlichen Fernwärme erzeugen. Im Mittel der vergangenen drei Jahre, so eine Sprecherin der Stadt Potsdams auf Anfrage dieser Redaktion, habe das Leitungsnetz 630 Millionen kWh Wärme an Abnahmestellen transportiert.

Eine wichtige Rolle bei diesem Vorhaben spielt der Energieversorger in der Potsdamer Stadtwerke-Gruppe, EWP. Zunächst haben die kommunalen Partner eine Machbarkeitsstudie im Sinn, die über den weiteren Gang entscheiden soll. In der Praxis soll EWP den Transfer der Abwärme in das Leitungsnetz umsetzen.

Die Abwärme soll indes beiden beteiligten Kommunen zur Verfügung stehen. Potsdams OB Noosha Aubel hat dabei die Hoffnung, die Wärmewende günstiger gestalten zu können. Sie sieht laut Mitteilung die „Chance, den gesetzlich geforderten Bedarf an erneuerbarer Wärme über die bisher angedachten Tiefengeothermie-Projekte hinaus möglicherweise kostengünstiger zu decken als bisher angenommen“. Für die 11.000-Seelen-Gemeinde Wustermark eröffne sich die Möglichkeit für eine nachhaltige und günstige Wärmeversorgung „auch in Ortsteilen, für die ein Wärmenetz bislang schwer realisierbar erschien“, so Holger Schreiber.

Das Rechenzentrum soll laut ursprünglichem Zeitplan bereits 2026 mit der ersten Ausbaustufe in Betrieb gehen. Noch ist allerdings kein genaues Datum benannt. Die Einspeiseleistung des „Virtus Wustermark Campus“ soll etwa 300 MW betragen. Das Rechenzentrum überzieht eine Gesamtfläche von mehr als 350.000 Quadratmetern. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

## Strom in Düsseldorf wird billiger



Quelle: Fotolia / galaxy67

**STADTWERKE.** Die Stadtwerke Düsseldorf senken zum 1. Juni die Strompreise. Das führt zu einer Entlastung für alle Kundinnen und Kunden in der Grundversorgung und in den gängigsten Vertragsarten.

Der Arbeitspreis in der Grundversorgung und in den gängigsten Vertragsarten im Versorgungsgebiet der Düsseldorfer Stadtwerke geht um 3,67 Cent pro Kilowattstunde brutto zurück. Der Grundpreis bleibt unverändert. Die Preisanpassung führt nach Berechnungen des Unternehmens bei einem Zwei-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 2.500 kWh zu einer jährlichen Ersparnis von rund 90 Euro, bei einer Familie mit einem Verbrauch von 4.000 kWh sind es 147 Euro.

Von dieser Senkung profitieren rund 95 Prozent der Düsseldorfer Kundinnen und Kunden, wie es in einer Mitteilung des Versorgers heißt. Die Senkung konnte danach vor allem wegen zurückgegangener Beschaffungskosten und Netznutzungsgebühren erreicht werden.

Weitere Verträge, zum Beispiel für Nachtspeicher und Wärmepumpen werden preislich abweichend

angepasst, weil es – je nach Tarif – auch unterschiedliche Kosten gibt, so die Stadtwerke. Für einen durchschnittlichen Verbrauch bei einer Nachtspeicherheizung von rund 2.500 kWh im Hochtarif und 4.500 kWh im Niedertarif ergibt sich eine jährliche Erhöhung um 124 Euro, für eine Wärmepumpenheizung in einem Einfamilienhaus mit einem angenommenen Verbrauch von 4.000 kWh eine jährliche Senkung von 162 Euro.

Durch die militärischen Konflikte und die Krise im Mittleren Osten erhalten die Stadtwerke Düsseldorf nach eigenen Angaben aktuell Anfragen von Kundinnen und Kunden, die sich Sorgen um die Entwicklung der Energiepreise machen. Dazu erklärt das Unternehmen, dass man für die Bestandskunden bewusst auf eine längerfristig ausgerichtete Beschaffungsstrategie setze, sodass aktuelle, krisenbedingte Preissteigerungen an den Energiebörsen keine akuten Folgen haben. // VON GÜNTER DREWNITZKY

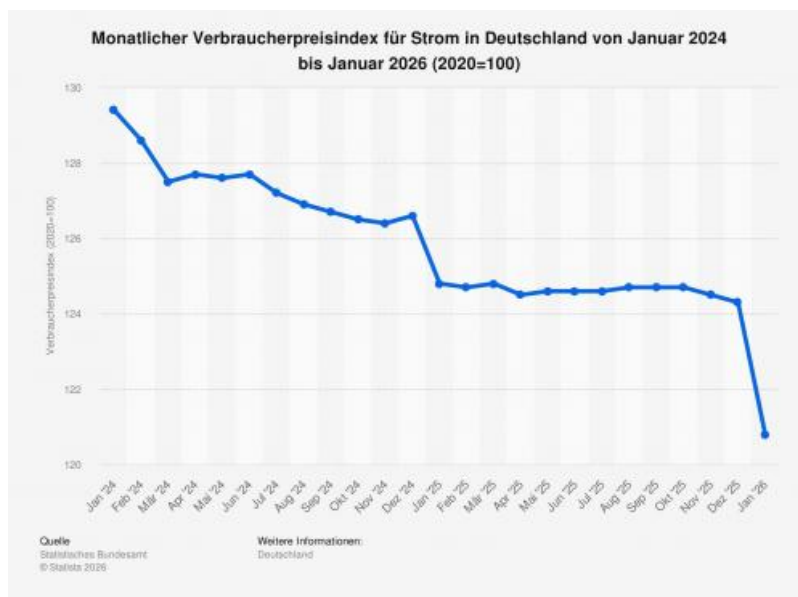
[^ Zum Inhalt](#)

## Verbraucherpreisindex für Strom bis Januar 2026



Quelle: E&M / Pixabay

**STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.**



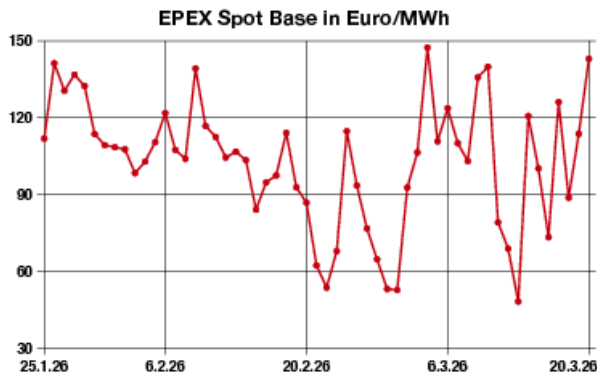
Quelle: Statista

Im Januar 2026 lag der Verbraucherpreisindex für Strom in Deutschland bei einem Wert von 120,8 Punkten. Die Basis des Index ist das Preisniveau des Jahres 2020. Der Verbraucherpreisindex für Strom misst die durchschnittliche Preisentwicklung, die Haushalte für ihre Stromversorgung zahlen. Im Vergleich zum Basisjahr 2020 bedeutet dies, dass die Strompreise in Deutschland bis Januar 2026 um 20,8 Prozent gestiegen sind. // VON REDAKTION

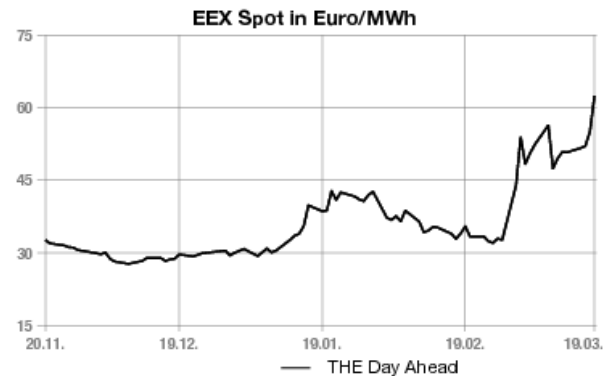
[^ Zum Inhalt](#)

## MARKTBERICHTE

## STROM



## GAS



## Irakrieg treibt die Preise weiter an



Quelle: E&amp;M

**MARKTKOMMENTAR.** Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO<sub>2</sub>- und Gasmarkt.

Die jüngste Eskalation im Irakrieg hat die Energiepreise am Donnerstag entfesselt. Nur der schwache CO<sub>2</sub>-Markt verhinderte, dass deutscher Strom ungebremst den bullischen Vorgaben von Gas, Kohle und Öl folgte. Etwas Hoffnung auf erste Entspannungssignale lässt sich allenfalls den Worten von Generalsekretär Mark Rutte über eine mögliche Einigung zwischen den USA und den anderen Alliierten entnehmen.

„Was die Straße von Hormus betrifft, so sind sich alle einig, dass diese Meerenge nicht geschlossen bleiben darf“, sagte Rutte in Brüssel. Eine Öffnung der Meerenge sei entscheidend für die Weltwirtschaft. Er sei zuversichtlich, dass alles zur Unterstützung der gemeinsamen Interessen getan werde, sagte Rutte weiter.

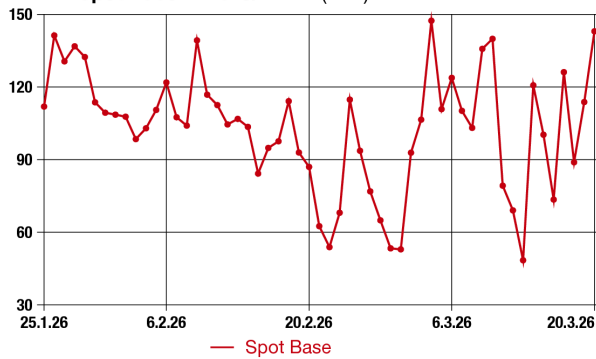
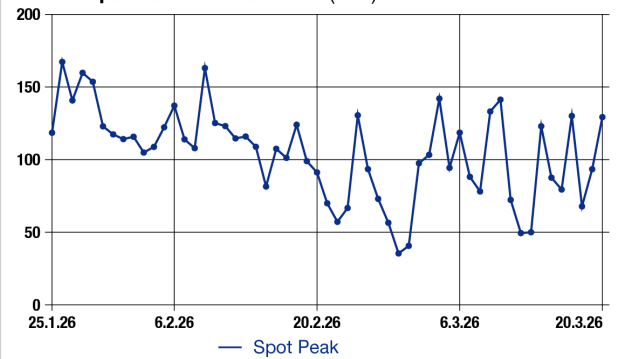
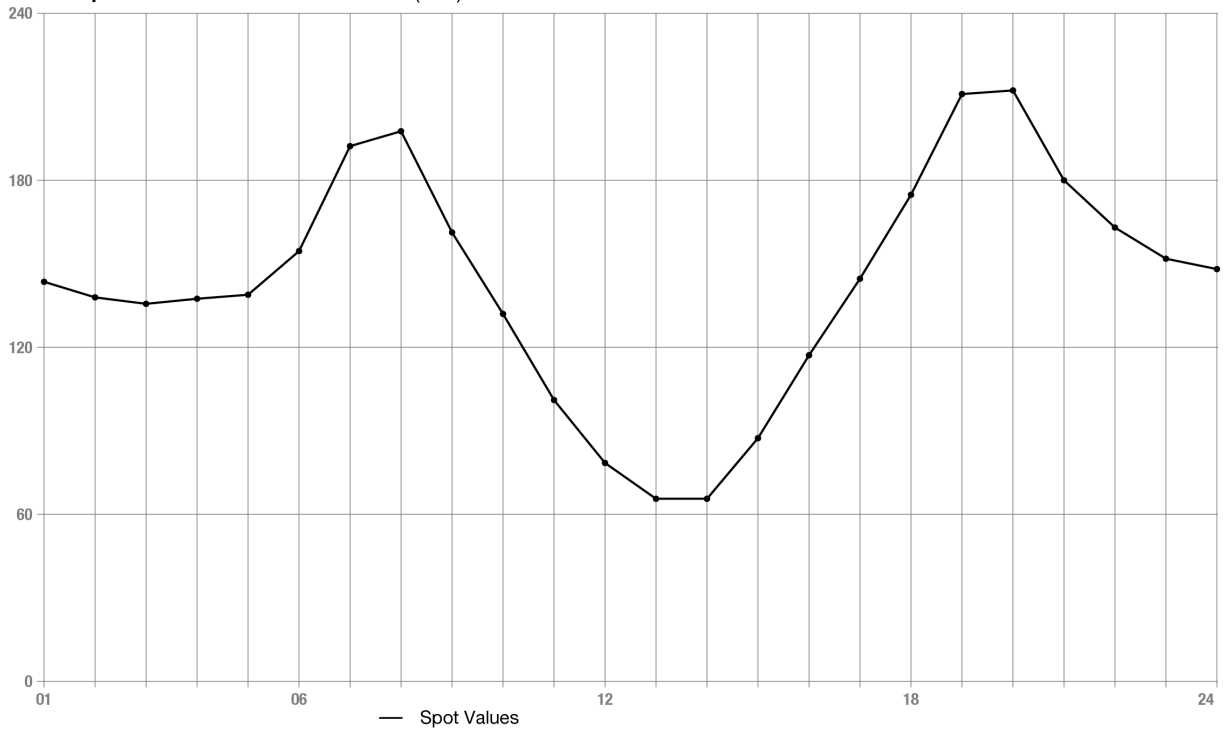
**Strom:** Sehr fest hat sich der deutsche OTC-Strommarkt infolge der kriegsbedingten massiven Preissprünge für Gas und Öl gezeigt, wobei die Abgaben am CO<sub>2</sub>-Markt noch höhere Gewinne bei Strom verhinderten. Der Day-ahead legte um 29,25 auf 143,25 Euro je Megawattstunde im Base und um 36,00 auf 129,75 Euro je Megawattstunde im Peak zu. An der Börse kostete der Day-ahead 143,02 Euro in der Grundlast und 129,29 Euro in der Spitzenlast. Ursächlich für den Preisanstieg beim Day-ahead war zudem die geringere Einspeiseleistung der Erneuerbaren, die für den Freitag vorhergesagt wird. Dieses soll laut den Meteorologen von Eurowind von 18,6 Gigawatt am Berichtstag auf 15,3 Gigawatt sinken. Eurowind zufolge werden die Beiträge von Wind und Solar bis einschließlich Montag deutlich unter 20 Gigawatt verharren. Am langen Ende legte das Strom-Frontjahr um massive 7,58 auf 98,70 Euro zu.

**CO<sub>2</sub>:** Die CO<sub>2</sub>-Preise haben am Donnerstag weiter nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.23 Uhr um 2,16 auf 63,71 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 22,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 65,50 Euro, das Tief bei 63,07 Euro. Der Markt beobachtet genau das EU-Gipfeltreffen an diesem Donnerstag und am Freitag. Offenbar wollen die EU-Mitgliedstaaten eine geplante Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems beschleunigen und noch in diesem Jahr Änderungen an den Vorschriften für die Marktstabilitätsreserve vornehmen.

**Erdgas:** Massiv erhöht haben sich die Erdgaspreise am Donnerstag. Am TTF gewann der Frontmonat April um 8,775 auf 63,475 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE bewegte sich der Day-ahead um 11,400 auf 63,500 Euro je Megawattstunden. Beginnend am Mittwoch hat eine neue Welle von Angriffen die Gas- und Ölinfrastrukturen am Persischen Golf beschädigt. Iranische Raketenangriffe haben „weitreichende weitere Schäden“ am Ras-Laffan-Komplex in Katar verursacht, wo sich die weltweit größte Exportanlage für Flüssigerdgas befindet, teilte das staatliche Unternehmen QatarEnergy am frühen Donnerstag mit. Der Angriff folgte auf einen weiteren iranischen Angriff auf das Gelände am Mittwoch, der ebenfalls erhebliche Schäden verursacht hatte. Auslöser der Eskalation war ein israelischer Angriff auf das Rückgrat der iranischen Energieindustrie, das riesige South-Pars-Gasfeld, das sich der Iran mit Katar teilt. US-Präsident Donald Trump erklärte, Israel werde keine weiteren Angriffe auf das Feld durchführen, warnte jedoch, dass die USA South Pars „vollständig in die Luft jagen“ würden, sollte der Iran Katar weiter angreifen.

// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

**ENERGIEDATEN:****Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

## Strom Terminmarkt

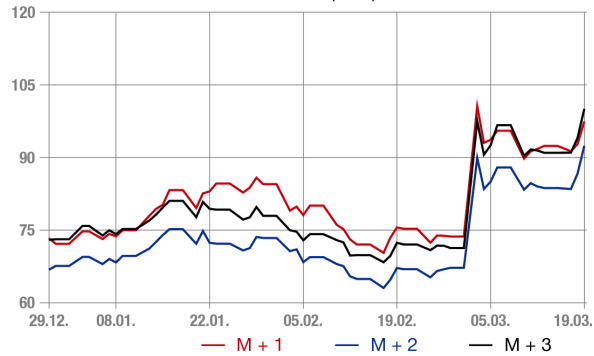
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

|    | Handelstag | Kontrakt              | Preis  |
|----|------------|-----------------------|--------|
| M1 | 19.03.26   | German Power Apr-2026 | 97,43  |
| M2 | 19.03.26   | German Power Mai-2026 | 92,41  |
| M3 | 19.03.26   | German Power Jun-2026 | 100,04 |
| Q1 | 19.03.26   | German Power Q2-2026  | 96,58  |
| Q2 | 19.03.26   | German Power Q3-2026  | 107,79 |
| Q3 | 19.03.26   | German Power Q4-2026  | 131,69 |
| Y1 | 19.03.26   | German Power Cal-2027 | 98,22  |
| Y2 | 19.03.26   | German Power Cal-2028 | 76,32  |
| Y3 | 19.03.26   | German Power Cal-2029 | 70,12  |

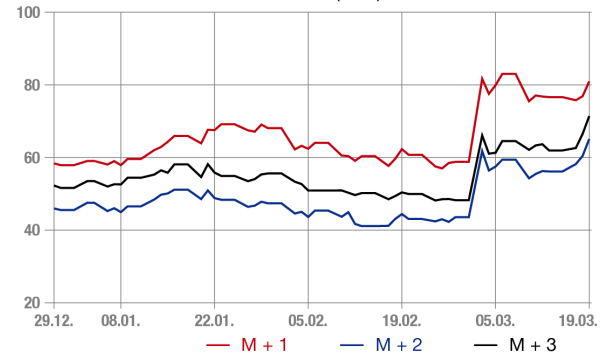
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

|    | Handelstag | Kontrakt              | Preis  |
|----|------------|-----------------------|--------|
| M1 | 19.03.26   | German Power Apr-2026 | 80,93  |
| M2 | 19.03.26   | German Power Mai-2026 | 65,08  |
| M3 | 19.03.26   | German Power Jun-2026 | 71,39  |
| Q1 | 19.03.26   | German Power Q2-2026  | 72,58  |
| Q2 | 19.03.26   | German Power Q3-2026  | 97,47  |
| Q3 | 19.03.26   | German Power Q4-2026  | 161,26 |
| Y1 | 19.03.26   | German Power Cal-2027 | 104,94 |
| Y2 | 19.03.26   | German Power Cal-2028 | 82,77  |
| Y3 | 19.03.26   | German Power Cal-2029 | 77,08  |

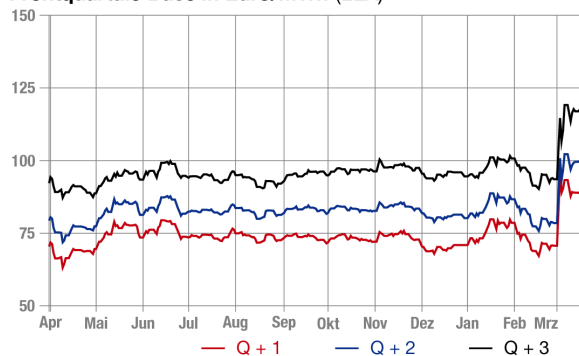
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



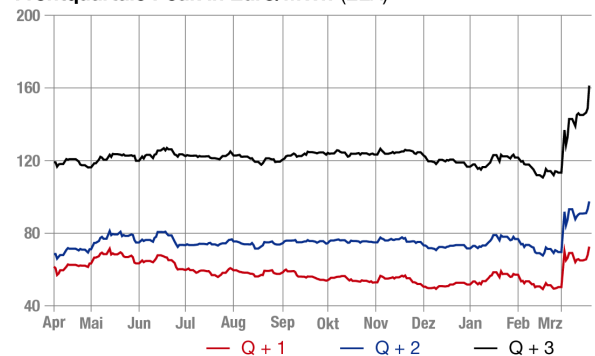
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



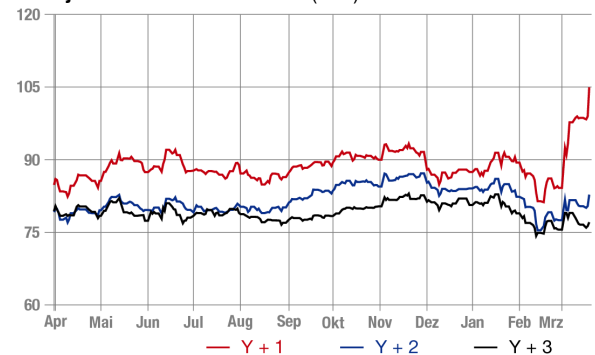
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



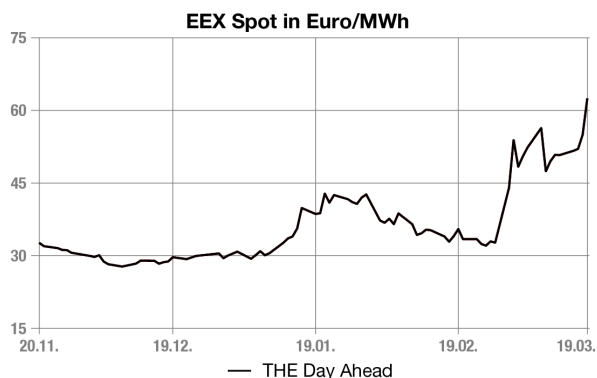
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



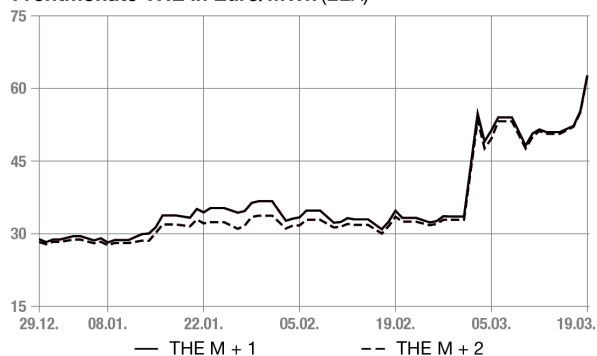
## Gas Spot- und Terminmarkt

### Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

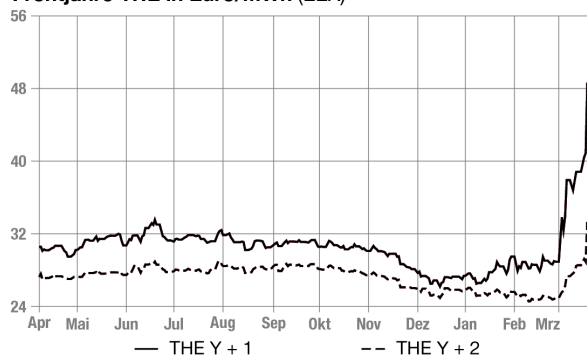
|    | Handelstag | Kontrakt                | Preis |
|----|------------|-------------------------|-------|
| M1 | 19.03.26   | German THE Gas Apr-2026 | 62,67 |
| M2 | 19.03.26   | German THE Gas Mai-2026 | 62,56 |
| Q1 | 19.03.26   | German THE Gas Q2-2026  | 62,56 |
| Q2 | 19.03.26   | German THE Gas Q3-2026  | 62,21 |
| S1 | 19.03.26   | German THE Gas Win-2026 | 61,57 |
| S2 | 19.03.26   | German THE Gas Sum-2027 | 45,05 |
| Y1 | 19.03.26   | German THE Gas Cal 2027 | 48,64 |
| Y2 | 19.03.26   | German THE Gas Cal 2028 | 33,31 |



### Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



### Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



## Strom, CO2, und Kohle

| Kontrakt           | Handelstag | akt. Kurs | Einheit   |
|--------------------|------------|-----------|-----------|
| Germany Spot base  | 19.03.26   | 143,02    | EUR/MWh   |
| Germany Spot peak  | 19.03.26   | 129,29    | EUR/MWh   |
| EUA Apr 2026       | 19.03.26   | 62,52     | EUR/tonne |
| Coal API2 Apr 2026 | 19.03.26   | 131,75    | USD/tonne |

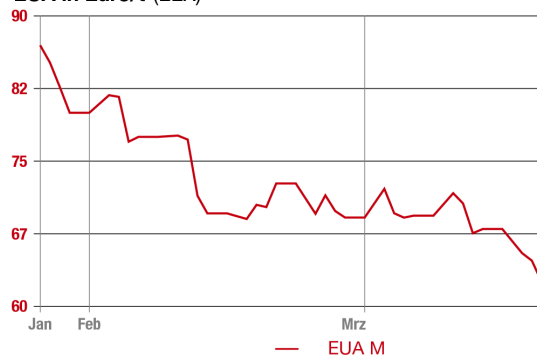
### Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



## Gas und Öl

| Kontrakt                 | Handelstag | akt. Kurs | Einheit   |
|--------------------------|------------|-----------|-----------|
| German THE Gas Day Ahead | 19.03.26   | 62,49     | EUR/MWh   |
| German THE Gas Apr-2026  | 19.03.26   | 62,67     | EUR/MWh   |
| German THE Gas Cal 2027  | 19.03.26   | 48,64     | EUR/MWh   |
| Crude Oil Brent Mai-2026 | 19.03.26   | 108,65    | USD/tonne |

### EUA in Euro/t (EEX)



## E&M STELLENANZEIGEN



### Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d) Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



### Geschäftsführer (M/W/D)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer (M/W/D) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekt...

in Hamburg

27.01.2026

● Vorstand/Geschäftsführung ● Festanstellung / Angestellter ● Homeoffice / Weiterbildung /  
Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



### Projektleiter (m/w/d) Kompensationsmaßnahmen Windenergie

Bring frischen Wind in dein Berufsleben! Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...

in Hannover

vor 2 h

● Projektleitung ● Freie Mitarbeit



### Fahrgastbegleiter mit MountainManager & GletscherGuide (m/w/d)

KOMM ZU UNS - KOMM IN UNSER TEAM Wir bieten Einen sicheren Arbeitsplatz mit langfristiger Pers...

in Grainau

vor 2 h

● Ausbildung



### Netzplaner Strom (m/w/d)

Werde Teil der Energie-Zukunft bei der Rhein-Sieg Netz GmbH, der Verteilnetzbetreiberin aus Siegburg ...

in Siegburg

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Mitarbeitererrabatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

## IHRE E&M REDAKTION:

**Stefan Sagmeister** (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Energiehandel, Finanzierung, Consulting



**Davina Spohn** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** IT, Solar, Elektromobilität



**Günter Drewnitzky** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Erdgas, Biogas, Stadtwerke



**Susanne Harmsen** (Büro Berlin)  
**Schwerpunkte:** Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**  
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**  
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**  
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



**Ständige freie Mitarbeiter:**

**Volker Stephan**

**Manfred Fischer**

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



**Fritz Wilhelm** (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)  
**Schwerpunkte:** Netze, IT, Regulierung



**Georg Eble** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Windkraft, Vermarktung von EE



**Heidi Roider** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** KWK, Geothermie

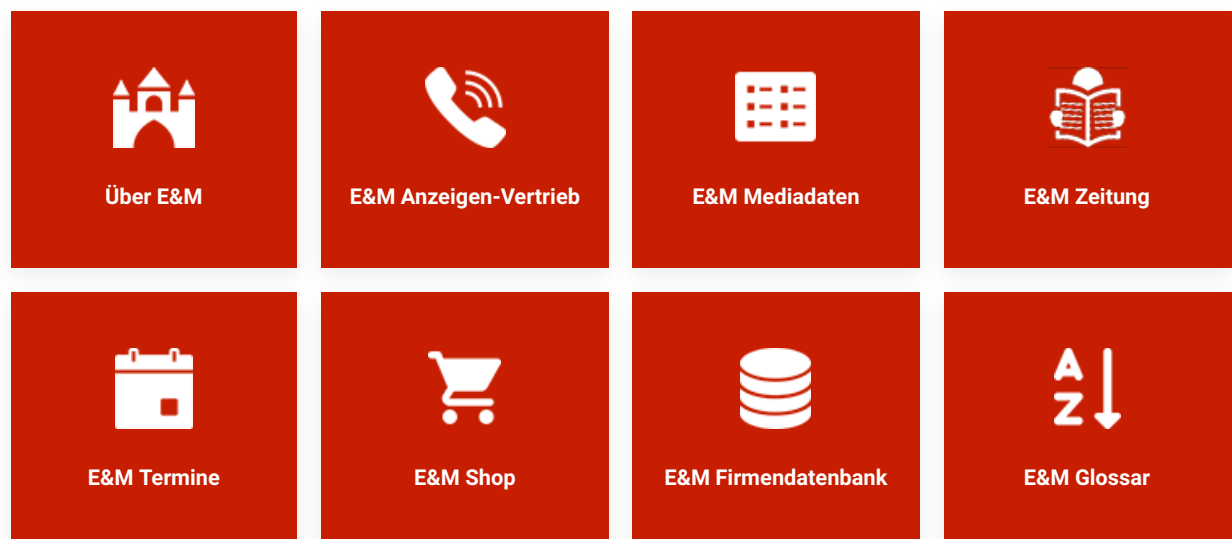


**Katia Meyer-Tien** (Büro Herrsching)  
**Schwerpunkte:** Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.  
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



## IMPRESSUM

---

**Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH**

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - [www.energie-und-management.de](http://www.energie-und-management.de)**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

**Wichtiger Hinweis:** Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

**Folgen Sie E&M auf:**

